Instandsetzung der Bundeswehr wird privatisiert

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69817

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Instandsetzung für die Bundeswehr wird privatisiert

Mit der Entscheidung, die Instandsetzung von ausgewählten Fahrzeugen und Waffensystemen des Heeres vollständig in industrielle Hände zu geben, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Weichen für eines der wichtigsten Privatisierungsvorhaben bei den Streitkräften gestellt. Damit wird ein weiteres zentrales Pilotprojekt aus der Kooperation zwischen Bundeswehr und Wirtschaft unter massgeblicher Beteiligung des Rheinmetall-Konzerns realisiert. Die Heeresinstandsetzungslogistik (HIL) wird beauftragt, über einen Zeitraum von acht Jahren die Einsatzfähigkeit von mindestens 70% aller einbezogenen Waffensysteme des Heeres zu gewährleisten. Getragen wird die HIL, an der der Bund mit 49 % als Minderheitsgesellschafter beteiligt sein wird, auf industrieller Seite von den Unternehmen Rheinmetall Landsysteme, Krauss-Maffei Wegmann und Industriewerke Saar mit jeweils 17% der Anteile. Rheinmetall Landsysteme, ein Tochterunternehmen der Rheinmetall DeTec AG, ist ein europaweit führender Anbieter im Bereich gepanzerter Rad- und Kettenfahrzeuge und der dazugehörigen Dienstleistungen. Über die gesamte Laufzeit handelt es sich um einen Auftrag im Wert von rund 1,1 Mrd. €. Für die Bundeswehr verbinden sich bezogen auf die Laufzeit Einsparungen von rund 200 Mio. €. Die Streitkräfte profitieren darüber hinaus auch von der deutlichen Steigerung der Verfügbarkeit des für Einsatzzwecke bzw. für die Ausbildung benötigten Gerätes. Gleichzeitig werden Soldaten für militärische Kernaufgaben verfügbar, die bislang im Inland durch logistische Aufgaben gebunden waren. Im Zuge der Privatisierung wird die Auslastung der bestehenden Instandsetzungskapazitäten bei der Bundeswehr optimiert, kostenintensive Doppelstrukturen bei der Logistik werden vermieden. Der Einbezug von mittelständischen Unterauftragnehmern wird durch die Ausschreibung entsprechender Leistungen durch die HIL auch künftig gewährleistet sein. Mit der HIL wird ein wichtiger Grundstein zum Erhalt einer wettbewerbsfähigen industriellen Basis im Bereich der Instandsetzung gelegt. In diesem Sinne steht die HIL wegweisend auch für künftige Kooperationen zwischen Bundeswehr und Wirtschaft, die beiden Seiten greifbaren Nutzen bringen und bei den Streitkräften Spielraum für Investitionen schaffen. *www.rheinmetall.com* dk

---

1. Bündnis friedfertiger Staaten aufbauen. Diese versprechen sich gegenseitig Unterstützung gegen den Druck imperialistischer Mächte, z.B. durch diplomatische Aktivitäten, Sanktionen, militärische Hilfe. Die Bündnisstaaten bleiben unabhängig, arbeiten aber in Politik, Verteidigung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport usw. zusammen.
2. Die friedfertigen Staaten bauen die UNO (in der sie vielleicht eine Mehrheit haben) zu einem wirklichen Machtinstrument aus.
3. Die Schweiz erhöht die Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte; beschafft militärische Mittel vor allem aus Nicht-NATO-Staaten.

Kritik: Blauäugiger Ansatz. Wie andere «Bündnisse der Schwachen» gezeigt haben, sind Aufbau mühsam und Wirkung gering. Tendenz zu Debattierclub, in dem jeder die Gemeinschaft für seine Zwecke mobilisieren will. – Punkt 3 ist prüfenswert.

Lösung C – Radikal umstellen: Die Schweiz muss und kann die integrale Verteidigungsfähigkeit zurückgewinnen, um einen wirksamen Schutz des ganzen Territoriums sicherzustellen.

1. Die Milizarmee ist auf einen Bestand von 600 000 AdA zu vergrössern.
2. Die Armee ist für schweizerische Bedürfnisse zu strukturieren und von NATO-Einflüssen zu reinigen.
3. Die Armee ist modern auszurüsten. Dazu:
4. Die einheimische Waffenindustrie ist so auszubauen, dass sie Heer und Luftwaffe mit modernem Material ausrüsten kann, dies samt Übermittlungs- und Führungssystemen.
5. Es sind nukleare Abschreckungswaffen anzuschaffen.

Kritik: Der Grundgedanke ist verständlich: Der Anwender Schweiz ist stark abhängig von den Lieferanten moderner Waffensysteme (NATO-Staaten). In ihrer extremen Form lehnt sich die Lösung C an die nordkoreanische «Juche»-Doktrin an: «Alles aus eigener Kraft». Ein solcher Ausbau von Streitkräften und Verteidigungsindustrie hätte eine grosse Staatsverschuldung und einen Abbau des Lebensstandards sowie eine Ächtung durch andere Staaten zur Folge. Ein Verzicht auf Wohlstand zu Gunsten der Verteidigung setzt einen Sinneswandel im ganzen Volk voraus. Heute kaum möglich. Verteidigung des ganzen Territoriums ist schwierig, wenn der Feind schon im Territorium sitzt, physisch und elektronisch.

Lösung D – Kooperation anstreben: Das Problem der Schweiz liegt in Halbherzigkeit und falschem Denken: Man macht z.B. bei EU und NATO ein wenig mit, wird aber nicht Vollmitglied und kann deshalb nicht mitsprechen. Wir empfinden uns mit Recht als Sonderfall, übersehen aber, dass jedes andere Land auch ein Sonderfall ist. Wir verstehen nicht, dass internationale Organisationen Zusammenschlüsse sind von Sonderfällen, die alle ihre Eigenart behalten wollen, die aber in gewissen Bereichen zusammenarbeiten.

Die Lösung für die Schweiz:
– Sich als Sonderfall auch in EU und NATO zu den anderen Sonderfällen gesellen.
– Sich bewusst werden, dass wir längst Teilmitglied der Weltgemeinschaft sind, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung, Arbeit, Meteorologie, Seeschifffahrt, Luftfahrt, Post, Telekommunikation, Atomenergie, Handel, Forschung, Kultur usw.

Kritik: Jede Mitgliedschaft in einer überstaatlichen Organisation ist ein Verlust von Souveränität und ein Gewinn an Mitwirkungsmacht und Unterstützung. Die obige Lösung zeigt nicht, ob bei Beitritten zu EU und NATO die Vorteile überwiegen, und sie gibt keine Lösung für das Verhalten im Fall von Eigenmächtigkeit des grössten NATO-Staates.

Schlussbemerkung der Übungsleitung

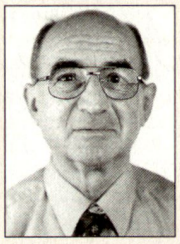
Der obige wenig wahrscheinliche Fall war die Anwärmübung für die Arbeitsgruppe Strategie. Grundsätzlich ist festzuhalten:

1. Das Ausrichten auf «Worst Case» (oft als Dogma vertreten) engt den Blick auf das Wahrscheinliche ein und verleitet zu Investitionen (geistig und materiell) in etwas, das es kaum gibt.
2. Eine sinnvolle Lösung für den Einsatz unserer Mittel ergibt sich erst, wenn eine Mehrzahl von Fällen studiert worden ist, z.B.: a) Zerfallen der EU, extreme Regierungen (links oder rechts) in unseren Nachbarstaaten. b) Putin entfernt sich weiter von der Demokratie, übernimmt Nachbarstaaten, wird zur Bedrohung. c) China, Indien, Indonesien gründen die «Asian Commodity Conference», machen der NATO Rohstoffgebiete streitig, die Schweiz als Nichtmitglied sitzt zwischen Stuhl und Bank. d) Fundamentalisten übernehmen die Macht im mittleren Osten, schliessen sich zusammen, erhöhen die Erdölpreise, verlangen vom Westen volle Migrations- und Handelsfreiheit.

Wir müssen das Undenkbare denken, uns im Handeln aber auf das Wahrscheinliche oder mindestens Mögliche ausrichten. Die AS wird weitere Fälle bearbeiten.

***

(Ende der «Military Fiction») ■



Gottfried Weilenmann, 8708 Männedorf.